

■ Die jiddische Tradition erzählt vom Rabbi Josef aus Prag als einem Lehrer der Jeschiwa genannten religiösen Schule, der seinen Schülern eines Tages erklärt, was es heißt, Recht zu haben. Plötzlich treten da zwei aufgebracht Männer in den Klassenraum ein und bitten ihn, den Streit unter ihnen zu schlichten. Rabbi Josef hört dem ersten Mann zu und sagt, dieser habe Recht. Dann stellt dessen Kontrahent seine Auf-

Antisemitismus und Israelkritik in den Schulen

»Die Wissenden steuern die Herrscher«

Dr. Zurab Aloian, SZ Neustadt

fassung des Konfliktes dar, und Rabbi Josef antwortet, jener habe auch Recht. Beide Männer, erstaunt, aber nicht unzufrieden, verlassen den Klassenraum. Die Schüler ihrerseits fragen: »O Rebbe, es kann doch nicht sein, dass die beiden Streitenden Recht hätten?«. Darauf Rabbi Josef: »Dass das nicht sein kein, da habt ihr auch Recht.«

Eine wiederholbare Situation ist entstanden. Die deutschen Kritiker von Israels Politik weisen die Antisemitismusvorwürfe zurück. Zur Bestätigung ihrer Position verweisen sie auf ihre jüdischen Bekanntschaften und verurteilen die antisemitischen Geschehnisse. Auf beide ineinander verketteten Phänomene – Antisemitismus und Israelkritik – als Teile des politischen Diskurses, soll mit Sorgfalt und Geduld eingegangen werden, auch in den Schulen. Anfänglich aber wäre es gut, im Rahmen des Möglichen, Klarheit über das Thema zu gewinnen.

Antisemitismus und Israelkritik in Deutschland

Politische Einstellungen können nicht außerhalb des historischen Kontextes betrachtet werden. In Bezug auf Deutschland heißt das, dass der im Namen der Deutschen verübte Versuch, die Juden als Volk zu eliminieren, mittel- bis langfristig eine leidenschaftslose Auseinandersetzung mit Israels Politik unmöglich macht. Manche mögen dies als beschränkend empfinden, aus diesem Dilemma aber können wir uns kaum befreien. Zu groß und grausam ist die nicht allzu ferne Vergangenheit.

Noch vor ein paar Jahren konnten die bundesdeutschen Kulturschaffenden und Politiker den Antisemitismus auf die in ihren Heimatländern jüdenfeindlich erzogenen Einwanderer wälzen. Spätestens mit den jüngst bekundeten Versuchen, die auch stark antijüdisch beladenen Begriffe wie Volksschädling, Vaterlandverräter und insbesondere völkisch zu rehabilitieren, ist diese Apologie unwirksam.

Ohne Zweifel tragen türkische und arabische Massenmedien ihren Teil zum undifferenzierten Wiederaufblühen antijüdischer Ressentiments in Deutschland bei. Die muslimischen Bürger Deutschlands sind aber keine homogene Gruppe, sondern setzen sich aus verschiedenen Sprachen, Kulturen und politischen Richtungen zusammen: von radikal-salafistisch bis hin zu nationalistisch, aber auch links-sozial, städtisch-welttoffen und teilweise den jüdischen Angelegenheiten gegenüber aufgeschlossen. Und sie sind entgegen der verbreiteten Wahrnehmung eine Minderheit, die der deutsch-einheimischen Mehrheit ihre Weltanschauung nicht aufzwingen kann. Anders gesagt: Antisemitismus ist vorrangig ein deutsch-europäisches Problem, mit oder ohne Migranten aus dem islamischen Kulturraum. Er ist tief in der frühchristlichen Tradition verwurzelt und wurde durch die Ausgrenzungen der Juden in der Ständegesellschaft, sowie durch den sozial-politischen Rassismus des 19. Jahrhunderts, noch verstärkt.

Die Kritik an der Politik Israels in Palästina kann infolgedessen nur von denen glaubwürdig vertreten werden, die sich auch in anderen Fällen – auch hier in Deutschland – für Menschen-, Bürger-, Frauenrechte und für das Anliegen aller Entrechteten engagieren. Das Problem entsteht, wenn bestimmte Kreise, unabhängig vom politischen Spektrum, ihre Kritik ausschließlich gegen Israel richten, ohne dass sie andere Staaten kritisieren, die, ebenfalls entgegen UNO-Resolutionen, fremde Gebiete erobern oder sich einverleiben (wie z.B. Marokko in der West-Sahara, die Türkei in Zypern oder China und Pakistan in Kaschmir). Und wenn außer Demonstrationen, Unterschriftenkampagnen oder Flashmobs auch zum Boykott israelischer Produkte aufgerufen wird, rufen solche Aktionen unheilvolle historische Parallelen mit dem Boykott jüdischer Geschäfte im Dritten Reich wach.

Mitgefühl mit den Palästinensern

Ähnlich verhält es sich mit dem Pazifismus. Als die rot-grüne Bundesregierung den von den USA geführten Krieg gegen den Irak ablehnte, aber vorher an den Kosovo-Krieg und an anderen Militärkampagnen teilnahm, ging es ihr nicht um die Ablehnung des Krieges als solchem, sondern um bestimmte politische Interessen. In diesem Falle agierten die überzeugten Pazifisten am glaubwürdigsten, weil sie prinzipiell für friedliche Lösungen eintreten.

Kurzum: Alle demokratisch- und gerechtigkeitsgesinnten Menschen zeigen Mitgefühl mit den Palästinensern, die ihrer nationalen Rechte beraubt wurden. Genauso wie sie aufrichtige Anteilnahme an der Not der Unterdrückten und ungerecht Behandelten in Europa und weltweit empfinden.

Was auch oft vergessen wird, ist, dass die Juden in Deutschland eine Glaubensgemeinschaft bilden und als solche rechtlichen Schutz genießen. Die extremrechten Sprüche wie »Judenrepublik Deutschland«, oder die Haftung der deutschen Juden für die Politik eines anderen Staates, sind ein Verstoß gegen die im Grundgesetz formulierte Religionsfreiheit (Art. 4)

sowie gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (Art. 9), die die religiösen Gemeinden vor politischer Instrumentalisierung schützen. Somit ist jegliche Gleichsetzung zwischen den Juden in Deutschland und der Politik Israels verfassungs- und völkerrechtswidrig.

Schulische Arbeit

Primär im Geschichts- und Politikunterricht, aber auch in den anderen Stunden, je nach der vorhandenen Stundenzahl, können die Lehrkräfte zusammen mit den Schülerinnen und Schülern die Themenbereiche Antisemitismus und israelische Politik differenziert debattieren.

Es steht außer Frage, dass die respektlosen Bemerkungen im Unterricht oder auf dem Schulhof über die Volks- und Religionsgruppen unterbunden werden müssen. Das reicht aber nicht aus, um die Anti-Auffassungen zu überwinden.

Am wichtigsten sind inhaltlich übereinstimmende Erläuterungen für alle Schülerinnen und Schüler, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Weltbild. Was korrigiert werden muss, ist einerseits die ausschließlich geschichtliche Betonung auf die Judenverfolgung in der NS-Zeit, und andererseits die politische Akzentuierung des Nahost-Konfliktes ohne seine Vorgeschichte.

Im ersten Fall sollte mehr von deutsch-jüdischer Gemeinsamkeit seit dem Frühmittelalter – und insbesondere seit dem Zeitalter der Aufklärung – vermittelt werden. Die produktiven Seiten dieses Zusammenlebens und dass den Schülerinnen und Schülern bekannte symbolträchtige deutsch-jüdische Persönlichkeiten wie Heinrich Heine, Felix Mendelssohn Bartholdy oder Franz Kafka näher gebracht werden, können mehr Begeisterung für das Thema auslösen als die Beschränkung auf den Holocaust (der selbstverständlich zum Diskurs gehört).

Interessant wären zusätzlich die Hinweise auf viele Lehnwörter im Deutschen, die aus dem Hebräischen, der wiederbelebten religiösen Sprache des Judentums, stammen. (Wie z. B. Halleluja, Jubel, Schlamassel oder Tohuwabohu).



Ein Aufkleber mit Erkenntnisgewinn

Hinsichtlich Israels sollten die Lehrerinnen und Lehrer, wenn auch in Grundzügen, mit den Anlässen der Masseneinwanderung der europäischen Juden nach Palästina und der Gründung des Staates Israels beginnen. Damit wird deutlich, dass die politische Realität im Mittleren Osten sehr stark von den europäischen Zuständen geprägt ist und dass die arabisch-israelischen Probleme vielmehr politischer Natur sind.

Empfehlenswert wäre es, den positiven Faktoren mehr Aufmerksamkeit zu schenken, seien es jüdische Israelis, die sich für die Rechte der Palästinenser einsetzen oder israelische Araber, die zur hebräischen Literatur und Kultur beitragen wie der Schriftsteller Sayed Kashua oder der Regisseur Michel Khleifi. Die Schülerinnen und Schüler sind oft überrascht, wenn sie erfahren, dass Arabisch die zweite Amtssprache in Israel ist, und dass die arabischen Moslems und Christen in ihren Feiertagen nicht arbeiten müssen.

Nähe zwischen den Religionen

Darüber hinaus sind die theologische Nähe zwischen dem Judentum, dem Christentum und dem Islam und die sprachliche Verwandtschaft zwischen dem Hebräischen und dem Arabischen erwähnenswert. Mit solchen Wissenseffekten können die Schülerinnen und Schüler die negativen Auswirkungen der Politik besser einordnen und ihre Vorbehalte, mindestens teilweise, ablegen.

Hilfreich ist weiterhin – was in Bremen oft praktiziert wird – sinnvolle Projekte in den jüdischen und muslimischen Organisationen zu beleuchten und Gespräche mit herausragenden Persönlichkeiten zu organisieren.

Eine alte arabische Redewendung sagt: »Die Herrscher regieren über die Menschen, aber die Wissenden steuern die Herrscher.« Übertragen auf unser Anliegen muss die Schule, um der zukünftigen Generationen und des Weltfriedens willen, das Klima der Völkerverständigung einerseits und Kritik gegen politische Entgleisungen andererseits etablieren. Sollen wir nicht ab und zu große Worte gelassen aussprechen?